

# Gemeinde Büchen

Der Vorsitzende des Werkausschusses der Gemeinde Büchen

## Niederschrift

über die Sitzung des Werkausschusses der Gemeinde Büchen am Dienstag, den 29.03.2022; Sitzungssaal des Bürgerhauses, Amtsplatz 1 in 21514 Büchen

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:18 Uhr

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender/Gemeindevertreter

Lucks, Michael

#### Bürgermeister

Möller, Uwe

#### Gemeindevertreter

Koop, Carsten

Lempges, Jürgen

#### wählbarer Bürger

Schmidt, Fabian

#### Pool-Vertretung

Andreae, Hans-Hermann

Dede, Burkhard

Slopianka, Marcus

#### Verwaltung

Jeske, Florian

Schomann, Michael

Stember, Sven

#### Schriftführerin

Hagemeier-Klose, Maria

#### Gäste

Herr Obermayer (PROWANord)

### Abwesend waren:

#### Gemeindevertreter

Lüneburg, Henning

#### wählbare Bürgerin

Horn, Carmen

Müller, Diana

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Beschlussfassung über nichtöffentliche Sitzungsteile
- 3) Niederschrift der letzten Sitzung
- 4) Bericht des Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung
- 5) Einwohnerfragestunde
- 6) Sanierung Kläranlage
- 7) Hauptpumpwerk Pötrau
- 8) 4. Brunnen für die Trinkwasserversorgung
- 9) Sanierung südliches Steinautal
- 10) Brücken
  - 10.1) Sanierung Brücke "An der Steinau"
  - 10.2) Brücke Steinkrug
- 11) B-Plan Nr. 54: Erschließung und Spundwand
- 12) Neubau Bauhof - Heizungssystem
- 13) Beschaffung eines Mehrgeräteträgers für den Bauhof (Fegewagen)
- 14) Sportplatz: Barrierefreier Zugang
- 15) Umbau Bürgerstube für JUZ
- 16) Verschiedenes

## Tagesordnungspunkte

### Öffentlicher Teil

#### 1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Lucks eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Bürger, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist und dass das Gremium beschlussfähig ist.

#### 2) **Beschlussfassung über nichtöffentliche Sitzungsteile**

Der Vorsitzende beantragt, den Tagesordnungspunkt 17 Vertragsangelegenheiten nicht öffentlich zu beraten.

##### Beschluss

Der Werkausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 17 Vertragsangelegenheit nicht öffentlich zu beraten.

**Abstimmung:**            Ja: 7            Nein: 0            Enthaltung: 0

##### Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

#### 3) **Niederschrift der letzten Sitzung**

Es werden keinen Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben und damit die Niederschrift genehmigt.

#### 4) **Bericht des Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung**

Herr Lucks berichtet, dass der Werkausschuss aus terminlichen Gründen vom 8.9.22 auf den 13.9.22 umverlegt werden soll.

#### 5) **Einwohnerfragestunde**

Herr Kolanus möchte eine Frage zur Heizung im neuen Bauhof stellen. Er fragt nach, was gegen eine Umplanung zur Wärmepumpe spräche. In den Sitzungsunterlagen steht, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Umplanung mehr möglich sei. Er fragt zudem, warum man sich in der Planung dagegen entschieden habe.

Herr Lucks erwidert, dass damals die Entscheidung aus Kostengründen gefallen sein, da das Budget für den Neubau knapp war.

Herr Möller erklärt, dass die Antworten auf die Fragen von Herrn Kolanus unter dem Tagesordnungspunkt 12 behandelt werden.

## 6) Sanierung Kläranlage

Zu Beginn erfolgt eine kurze Vorstellung von Michael Schomann als zweiten Klärwerksmeister. Danach beginnt Herr Obermayer von der Fa. Prowa Nord mit seiner Vorstellung der Powerpoint-Präsentation. Er erläutert, dass aktuell der Umbau des Zulaufbauwerks erfolgt und eine baldige Fertigstellung geplant ist. Dieses Jahr noch soll auch der neue Ableit Kanal in die Einleitstelle gebaut werden. Der 4. BA Schlamm entwässerung wurde vorgezogen als wichtiger Punkt, hier erfolgt die Planung in 2022, die Ausführung soll ab Ende 2022 Anfang 2023 erfolgen. Es wird auf lange Lieferzeiten (24 Wochen) verwiesen. Herr Andreae hakt nach, wo die aktuelle Schlamm entwässerung erfolgt. Diese ist bei den Faultürmen angesiedelt.

Auf die Frage, welches Verfahren derzeit angewandt wird, lautet die Antwort ein Decanter-Verfahren.

Der nächste Bauabschnitt wird danach den Neubau der Belebungsstraße umfassen. Auf die Frage von Herrn Andreae, was in der Belebungsstraße passiert, antwortet Herr Obermayer, dass dort die Mikroorganismen wirken und dort der Schlamm anfällt und aufwächst. Als letzter Schritt erfolgt dann der Gebäudeabriss.

Hinsichtlich der Kosten verweist Herr Obermayer auf die Unsicherheiten und bezeichnet die Angaben als Blick in die „Glaskugel“. Die Gesamtkosten liegen bei 13,6 Mio € (9,85 Mio € Kostenprognose für Maßnahmen, der Rest umfasst Nebenkosten und Steuern).

Danach wird die zukünftige Klärschlammbehandlung vorgestellt. Dies sei immer auch eine Frage der Entsorgung, diese sein bei 20-30% Entwässerung möglich. Herr Andreae fragt, wie Wassermenge und Schlammmenge zusammenpassen. Herr Stember führt daraufhin aus, dass im Klärwerk ca. 400.000 m<sup>3</sup> Abwassermenge gesamt im Jahr eingeleitet werden, dabei werde aktuell ca. 150 m<sup>3</sup> Schlamm täglich abgezogen.

Es folgt die Verfahrenserklärung. Ein Decanter funktioniert wie eine Zentrifuge, er verursacht höhere Energiekosten aber erwirkt eine bessere Entwässerung. Eine Schneckenpresse verbraucht weniger Energie hat aber auch einen geringeren Eindickungsgrad. Die Siebbandpresse ist ein altes, robustes Verfahren.

Herr Schmidt fragt, ob eine Kammerfilterpresse nicht in Erwägung gezogen wurde. Es wird erläutert, dass eine solche Presse bei anaerobem Schlamm eher nicht empfehlenswert ist.

Der Erfolg eines Verfahrens kommt auf das Klärwerk an, daher erläutert Herr Obermayer, dass Tests im Klärwerk erfolgen sollen. In der nächsten Woche beginnen Tests mit Decanter und Schneckenpresse. Herr Lempges fragt, was genau aufgebaut wird. Es werden Testgeräte auf LKW gestellt und sowohl Proben als auch Energieverbrauch werden live getestet. Herr Lempges fragt nach Berücksichtigung der saisonalen Schwankungen. Herr Stember führt aus, dass mehr Schlamm in wärmerer Zeit anfällt, jedoch kann dies über den Test hochgerechnet werden. Herr Andreae fragt, ob die Maschinen dauerhaft laufen und betriebs sicher sind. Herr Stember hätte gerne eine Redundanz der Technik

zur Betriebssicherheit, dies hängt jedoch von den Kosten ab, empfehlenswert wäre es seiner Einschätzung nach.

Danach wird die Schlamm Entsorgung angesprochen. Eine landwirtschaftliche Verwertung mit Tendenz Richtung thermischer Verwertung (Verbrennung) ist aktuell der Stand. Die Anforderungen bei der Landwirtschaft steigen, Verbote bei bestimmten Industrien sind vorhersehbar. Daher ist eine Ausschreibung der Klärschlamm Entsorgung in Planung. Herr Stember ergänzt, dass P-Rückgewinnung ein Thema sein wird. Die Größen der Klärwerke wurden getrennt in die Klassen 4 und 4 a. Alle Klärwerke ab 50.000 Einwohnergleichwerten müssen voraussichtlich ab 2032 damit starten. Bisher war Büchen unter der Grenze, so dass in Büchen bisher keine P-Rückgewinnung erforderlich war. Nun nähert sich Büchen dem Grenzwert oder wird ihn demnächst voraussichtlich überschreiten. Dann muss die Monoverbrennung erfolgen. Die Stickstoffbelastung ist sehr hoch, daher steigen die Kosten der Entsorgung, dann würde der finanzielle Vorteil der aktuellen landwirtschaftlichen Verwertung auch hinfällig.

Herr Möller ergänzt, dass sich der Zeitplan je nach Verfügbarkeit von Firmen/Material und bauaufsichtlicher Begleitung noch verschieben kann.

Herr Lempges fragt bzgl. des Verfahrens nach einem Voreindicker. Dies wird mitgetestet und ist in der Preiskalkulation enthalten. Herr Schmidt fragt, ob die Redundanz schon in den Kosten enthalten ist. Herr Obermayer erläutert, dass man hier vergleichen müsse ob es etwa besser ist, einen Voreindicker und zwei kleine Decanter einzusetzen oder besser zwei größere Decanter. Dies soll der Test zeigen. Herr Schmidt hakt nach, ob der Schlamm dann direkt in die Verbrennung kann. Herr Obermayer erläutert, dass dies möglich ist und dass der zu erreichende Trocknungsgrad dann in die Ausschreibung übernommen werden muss.

## 7) **Hauptpumpwerk Pötrau**

Herr Möller führt aus, dass 2023 die Sanierung der Pötrauer Straße erfolgt, diese großteils nur oberflächlich, teilweise tiefer gehend. Es gebe einen Altbeschluss, dass die Verlegung des Pumpwerks auf die Straße erfolgen soll. Bei der Ausschreibung ist nicht der Maschineneinsatz der treibende Teuerungsfaktor, sondern der Erdbau. Herr Lempges äußert, dass die Maßnahme nun einmal erforderlich sei. Herr Schmidt ergänzt, dass der Zustand des Pumpwerks nicht besser werde und bei einer Verschiebung die Kosten nicht geringer. Es erfolgt die Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Werkausschuss der Gemeinde Büchen beschließt trotz der deutlich gestiegenen Preise die Sanierung des Hauptpumpwerkes in Pötrau. Die Mehrkosten werden im Nachtragshaushalt nachgesteuert.

**Abstimmung:** Ja: 7      Nein: 0      Enthaltung: 0

### **Abwesenheit:**

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

## 8) **4. Brunnen für die Trinkwasserversorgung**

Herr Lempges bittet darum, den Brunnen auf Büchener Gelände zu errichten. Herr Möller berichtet, dies sei bereits im vorigen Beschluss vermerkt, hier gehe es nur um Beauftragung. Es erfolgt die Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Werkausschuss beschließt die Beauftragung des Geologischen Büros Dr. Hempel zur Ermittlung eines neuen Brunnenstandortes sowie der hydrologischen Stellungnahme.

**Abstimmung:** Ja: 7      Nein: 0      Enthaltung: 0

### **Abwesenheit:**

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

## 9) **Sanierung südliches Steinatal**

Herr Möller beschreibt, dass es nur um eine Verschiebung in den Jahresbudgets geht. Der Werkausschuss habe bereits 5 Mio. € über mehrere Jahre beschlossen. Es erfolgt der Hinweis auf die Sperrung der Kreuzung in den Sommerferien und die erwarteten Störungen im Verkehr.

## 10) **Brücken**

### 10.1) **Sanierung Brücke "An der Steinau"**

Herr Lempges beschreibt die Vorgeschichte, der Vorschlag der Verwaltung zur Verrohrung wurde vom Ausschuss abgelehnt. Das Brückenbuch wurde zugesandt. Er habe sich Informationen zu Kosten für den Austausch der Bauteile gewünscht, die vom Prüfer genannt wurden. Der Prüfbericht stamme aus dem Jahr 2019 und wurde erst vier Jahre später vorgelegt. Herr Möller erwidert, dass die Berichte zu den Brücken dem BWU und später dem WA vorgelegt wurden, es wurde demnach früher kommuniziert. Im BWU wurde beschlossen, dies im WA weiter zu verfolgen. Wesentliche Kosten im aktuellen Angebot liegen auch in der Dokumentation und in weiteren Sicherungsmaßnahmen, auch beim Beton. Herr Lempges führt aus, es stehe nichts von Betonsanierung im Prüfbericht, sondern nur Bohlentausch. Herr Möller entgegnet, dass der Bohlentausch regelmäßig vom Bauhof erledigt würde. Herr Schmidt fragt, ob die Fundamente erneuert werden müssen. Herr Möller berichtet, dass dies nach neuer Einschätzung nötig sei. Herr Lempges hakt nach, warum dies nicht im Brückenbuch vermerkt sei und warum der Aus-

schuss dann nicht zusätzliche Unterlagen erhalten habe. Herr Möller führt aus, dass in der Mail vom Brückenbauer Empfehlungen gegeben wurden zu den Auflagerpunkten und dem Verschleiß der Teile sowie zur Anpassung der Böschung. Er macht den Vorschlag, den Brückenbauer in den Ausschuss einzuladen. Die Unterlagen, in diesem Fall der Mailverkehr mit dem Brückenbauer, werden dem Ausschuss zugänglich gemacht. Der Brückenbauer wird zum nächsten Werkausschuss eingeladen.

## 10.2) **Brücke Steinkrug**

Herr Möller berichtet, dass die Recherchen mit dem Kreis abgeschlossen sind. Es handelt sich um eine Gemeindeverbindungsstraße – die Einstufung wird durch Änderungen der Brücke (Last) nicht geändert. Es erfolgt die Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Werkausschuss der Gemeinde Büchen beschließt die Herabstufung der Fahrzeugbrücke in Steinkrug – Neu-Nüssau zu einer Fußgängerbrücke. Die Verwaltung wird beauftragt eine Anwohnerversammlung zur Information der Sachlage durchzuführen und die rechtlichen Schritte, wie Genehmigungsanträge, etc. einzuleiten.

**Abstimmung:**            Ja: 7            Nein: 0            Enthaltung: 0

### **Abwesenheit:**

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

## 11) **B-Plan Nr. 54: Erschließung und Spundwand**

Nach der Vorlage stellt Herr Andreae die Frage, warum eine Spundwand nötig sei. Herr Möller erwidert, dass die Untere Naturschutzbehörde nur die Wallöffnung auf einer gewissen Breite genehmigt hat, daher muss mit Spundwand abgefangen werden. Verschiedene Varianten der Abfangung wurden geprüft, die Vorgaben des B-Plans lassen nur die Spundwand zu. Der Baubeginn wird nach Ostern erfolgen. Es wird festgehalten, dass noch ein Kostenschlüssel mit dem Schulverband zur Kostenaufteilung gefunden werden muss.

## 12) **Neubau Bauhof - Heizungssystem**

Herr Möller berichtet in Ergänzung zur Vorlage, dass in der AG Bauhof verschiedene Festlegungen getroffen wurden, u.a. zur Frostfreiheit Halle (Deckenheizung) und zur Beheizung des Sozialtrakts. Bei der Deckenheizung sei die benötigte Leistungsabgabe nicht über eine Wärmepumpe möglich. Solarthermie sei für die Beheizung des Sozialtrakts und zur Warmwasserbereitstellung eingeplant. Das Hallendach wird zudem mit

Photovoltaik belegt. Die Solarthermie reicht für Spitzen in der Heizung nicht aus. Daher wurde u.a. ein BHKW diskutiert, eine mindestens 6.000 h Jahreslaufleistung würde jedoch nicht erreicht, daher sei ein BHKW nicht wirtschaftlich. Auch bei Mitbeheizung des Feuerwehrgerätehauses sei ein BHKW nicht wirtschaftlich, dies wurde ebenfalls geprüft. Entsprechend wurde ausgeschrieben, die Rohrleitungen für die Heizungen sind bereits verlegt. Die Prüfung mit den Ingenieuren habe gezeigt, dass nur noch eine Pelletheizung in Frage komme mit unterirdischem Tank und Förderschnecke ins Gebäude. Es gab dann eine Verwaltungsüberlegung, ob man mit den Rahmenbedingungen der Ukraine Krise noch verantwortlich eine Gastherme einbauen könnte. Daher wurde die Vorlage zur Entscheidung im Werkausschuss vorgelegt.

Herr Lempges führt aus, dass das Holz für Pellets auch oft aus Russland komme und er in seinen Gebäuden viele Probleme mit Pelletheizungen habe. Auch ein Bunker, bei dem man Leitungen nicht sehen kann, könnte problematisch sein. Zudem seien die Folgekosten der Wartung sehr hoch, es sei eine monatliche Wartung notwendig. Auch die Ascheentsorgung müsse erfolgen. Daher fände er Pellets in einem öffentlichen Gebäude sehr problematisch.

Herr Slopianka ergänzt, es gehe nur um den Spitzenabfang, für den Normalbetrieb sei gut vorgesorgt. Nur hierfür eine komplizierte Pelletheizung einzubauen sei ggf. unverhältnismäßig.

Herr Schmidt würde gerne von Gas Abstand nehmen. Er fragt, ob die Halle oder das Sozialgebäude eher problematisch in der Beheizung sei. Herr Möller antwortet, dass die Halle ggf. viel Energie in Frost-Situationen benötigt. Herr Schmidt fragt daraufhin, ob eine Wärmepumpe für den Sozialtrakt und eine Stromheizung für die Halle möglich wären. Herr Möller entgegnet, dass die Ausschreibung mit Radiatoren erfolgte und diese bereits bestellt seien. Es gebe einige Luftwärmepumpen, die Radiatoren betreiben können, dann braucht man aber andere Radiatoren mit anderen Zuleitungen. Eine erhebliche Zuheizung mit Strom sei schwierig und teuer. Jetzt sei der Zeitpunkt, noch etwas zu ändern oder es wie in der Ausschreibung zu lassen, eine Diskussion in den Fraktionen wäre nicht möglich, die Entscheidung müsse jetzt getroffen werden.

Herr Lucks gibt eine Zusammenfassung, eine Stromheizung, eine Wärmepumpe ist technisch nicht mehr möglich, Pellets seien im Ausschuss nicht gewünscht, Gas jedoch auch nicht gewollt. Es soll abgestimmt werden.

### **Beschluss**

Der Werkausschuss beschließt aufgrund der deutlich gestiegenen Energiekosten den Einbau einer Holzpellettheizung statt einer Gastherme. Die Mehrkosten werden im nachtragshaushaltsplan eingestellt.

**Abstimmung:** Ja: 1      Nein: 6      Enthaltung: 0

### **Abwesenheit:**

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.



### **13) Beschaffung eines Mehrgeräteträgers für den Bauhof (Fegewagen)**

Herr Andreae fragt nach den Betriebsstunden des aktuellen Citymaster. Herr Jeske gibt daraufhin ca. 2.800 Betriebsstunden an. Herr Andreae fragt zudem, ob das Gerät weiter betrieben werden kann, bis die Reparaturkosten zu exzessiv würden, der Gerätewert liege nach seinen Recherchen noch bei ca. 40.000 € und das Gerät solle nachhaltig weiter betrieben werden. Seiner Ansicht nach seien die Reparaturkosten noch nicht zu hoch. Herr Möller weist auf zukünftig deutlich steigende Reparaturkosten hin. Herr Lucks fragt nach einer Verschiebung in die nächste Sitzung. Hierfür sollen Unterlagen zu Kosten und Betriebsstunden für den Citymaster nachgeliefert werden (Kosten und Betriebsstunden je Jahr in den letzten 3 Jahren). Auch soll eine Schätzung für zukünftige Reparaturen dargestellt werden.

Herr Jeske wird dies zusammenstellen. Die Entscheidung für den Bauhof wäre eher zwischen Flexigo und Kärcher zu treffen wegen der Werkstatt und den Monteurkosten beim Citymaster. Der Kärcher hat jedoch ein zu kleines Schild und nur einen kleinen Streubehälter.

Die Abstimmung wird in die nächste Sitzung verschoben.

### **14) Sportplatz: Barrierefreier Zugang**

Zuzüglich zur Vorlage wird die Frage nach dem Zaunbau gestellt, dies soll in diesem Jahr erfolgen.

Nachtrag Herr Kraus: Mit dem Bau des restlichen Zaunes soll laut Aussage des Zaunbauers Ende Mai 2022 begonnen werden.

### **15) Umbau Bürgerstube für JUZ**

Herr Schmidt führt aus, dass es einen Beschluss zum Abriss gab, man könne für die dargestellten Kosten ein neues Gebäude bauen. Er stelle sich die Frage, ob in ein altes Gebäude so viel investiert werden sollte.

Herr Lempges fragt nach einer Alternative. Herr Schmidt führt hierzu aus, dass ein Standort doch feststehe, dafür gebe es einen B-Plan.

Herr Slopianka ergänzt, dass nun Kosten feststünden für den Umbau und man habe dann ein quasi neues Gebäude. Bei einer Neuplanung käme es zu unkalkulierbaren Kosten, daher sähe er dies anders.

Herr Koop bekräftigt, dass 570.000 zzgl. einer etwaigen Teuerung von 30 % für ein Provisorium zu hohe Kosten seien. Zudem wolle die Jugend diesen Standort nicht und es gäbe keine Außenfläche.

Herr Lucks berichtet von einer Mutter im BWU, die ausgesagt habe, dass der Standort mit Polizei und ohne Außengelände nicht in Frage komme und die Jugend dies ablehne.

Herr Koop weist auf die gemeinsame Standortentscheidung hin, auch mit der ABB. Für ein Provisorium sei seiner Meinung nach der Invest indiskutabel, dann sei ggf. eine Containerlösung für eine Zeit besser. Herr Lempges führt die Kosten für die neue Heizung und Co. an und es würde Einiges am Gebäude getan.

Herr Andreae ergänzt, die Bürgerstube könne später ein Verwaltungsgebäude werden, der Standard wäre da.

Herr Möller erklärt, dies sei ein Liegenschaftsthema, daher werde es hier im Ausschuss beraten. Es wurde beschlossen, die Planung vorzulegen bis zur Leistungsphase 4 für eine

temporäre Lösung bis zu 5 Jahre.

Herr Lucks führt aus, dass die Vorlage mit den Kosten noch nicht in den Fraktionen beraten werden konnte und beantragt eine Verschiebung der Entscheidung.

Herr Lempges kritisiert die Auswahl der Planer, die oft teurere Varianten gewählt hätten am Beispiel der Drückergarnituren. Über die Lose wäre hier bestimmt noch großes Einsparpotenzial, das könne auch in den Fraktionen durchgearbeitet werden. Herr Möller entgegnet, dass in öffentlichen Gebäuden eine andere Ausstattung vorgesehen werden muss. Wenn es in den Fraktionen beraten werden soll müsste die Vorlage ohne Vorentscheid im Werkausschuss in der Gemeindevertretung entschieden werden. Herr Schmidt antwortet, dies könne doch dennoch im nächsten Werkausschuss erneut beraten werden.

Es wird die Entscheidung getroffen, den Tagesordnungspunkt im nächsten Werkausschuss erneut zu beraten und ihn danach in die Gemeindevertretung zu geben.

Herr Dede fragt noch einmal nach einer Containerlösung. Herr Möller erläutert, hier läge die Miete derzeit bei 18€/m<sup>2</sup> bei einem Mietangebot für 48 Monate. Zudem seien die energetischen Bewirtschaftungskosten sehr hoch und die Lieferzeiten lang. Herr Dede führt daraufhin aus, dann halte er einen Invest ins Gebäude für sinnvoller als in Miete für eine Containeranlage zu investieren. Vom Gebäude habe die Gemeinde langfristig etwas.

Herr Schmidt fragt nach der Möglichkeit der Verlängerung der Baugenehmigung um 5 Jahre für die aktuelle JUZ-Containeranlage und nach Erleichterungen durch die Ukraine Krise. Herr Möller beschreibt die Situation folgendermaßen: Beim Sommercamp JUZ werde auf die Baugenehmigung gewartet, dies sein dann aber nur ein Teil der Container. Es gäbe noch kein Ergebnis zu einer möglichen Verlängerung. Dazu müsste die Verwaltung einen Antrag einreichen. Dies sei jedoch aktuell kontraproduktiv. Die Gemeinde stelle erst einen Bauantrag für einen Teil der Anlage und gleichzeitig käme eine Beantragung der Verlängerung, der eigene Beschluss wäre damit hinfällig. Herr Schmidt meint, die Rahmenbedingungen würden sich ändern und ggf. einen neuen Beschluss erfordern.

Herr Möller weist darauf hin, dass dann ein Aufhebungs-Beschluss vonnöten wäre, nach dem kein JUZ-Sommercamp gebaut werden solle. Abschließend wird auf die weitere Beratung in den Fraktionen und den folgenden Sitzungen verwiesen.

## **16) Verschiedenes**

Herr Lempges fragt nach der Notstromversorgung für die Feuerwehrgerätehäuser. Herr Möller beschreibt, dass der Probelauf in Büchen-Dorf erfolgt ist und das Umschalten gut funktioniert habe. Es wurde das Verfahren zur Zuschaltung der Stromkreise getestet. Die Wehrführung Büchen hat am vergangenen Mittwoch berichtet, dass die Versorgung steht.

Herr Schmidt berichtet von defekter Straßenbeleuchtung im Heideweg Richtung Müssen (letzte 3 Laternen vorm Nüssauer Tunnel). Herr Möller bittet darum, solche Meldungen gerne direkt per Mail an die Verwaltung zu richten, welche die Meldung an Fa. Strube weitergibt. In der letzten Zeit gab es tatsächlich hier Probleme mit Ersatzteilen.

Herr Möller berichtet, dass das Kostenvolumen für Kitas dem Kreis gemeldet werden musste für die Kita Forschernest. Dies wurde für eine Förderung beim Kreis eingereicht. Die Planer haben daher prioritär für das Bauvorhaben Kita Forschernest die Kosten ermittelt und die Planung vorangetrieben. Bisher wurden die Beschlüsse bis zur Leistungsphase 4 gefasst. Die Summe der Kosten beträgt ca. 6,3 Mio. € für 110 Kita-Plätze, die Teuerung wurde eingerechnet für den Förderantrag. Herr Möller fragt, ob die weiteren Beschlüsse zu den weiteren Leistungsphasen und zum Bauantrag etc. zur Kita Forschernest direkt in der nächsten Gemeindevertretung erfolgen sollen. Die Unterlagen sollen dann in die Fraktionen gegeben werden als Vorbereitung für die Gemeindevertretung. Hierzu besteht Einvernehmen.

20:55 Uhr Schließung der öffentlichen Sitzung

.....  
Michael Lucks  
Vorsitzender

.....  
Maria Hagemeyer-Klose  
Schriftführung